

Vorschau Sommersession Nationalrat

29. Mai - 16. Juni 2017



Empfehlungen der Bildungscoalition NGO

Die Bildungscoalition NGO ist eine Allianz von über 30 nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Gesundheit, Menschenrechte und Jugend. Sie vertritt deren Interessen in der Bildung, Forschung und Innovation und entwickelt Empfehlungen zu bildungspolitischen Geschäften.

Geschäfte im Nationalrat

Datum	Vorlage	Empfehlung Bildungscoalition NGO
	<i>Motionen</i>	
Mittwoch, 14. Juni 2017	Mo. WBK-NR (17.3273) Informatik-Offensive	Annahme der Motion
	<i>Parlamentarische Vorstösse EDI:</i>	
Mittwoch, 7. Juni 2017	Mo. Frehner (15.3848) Stopp dem Präventionswahnsinn	Ablehnung der Motion
Mittwoch, 7. Juni 2017	Mo. Herzog (15.3866) Beiträge nach Kinder- und Jugendförderungs-gesetz. Einseitigkeit beheben	Ablehnung der Motion
	<i>Parlamentarische Vorstösse WBF:</i>	
Donnerstag, 15. Juni 2017	Mo. Amarelle (15.3700) Berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich. Nationaler Rahmen für die Anerkennung von Diplomen und die Validierung von Bildungsleistungen	Annahme der Motion
Donnerstag, 15. Juni 2017	Mo. Munz (15.3839) Alleinerziehende. Bessere Integration in den Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Nachholbildung	Annahme der Motion

Details auf den folgenden Seiten.

17.3273 – Motion WBK
Informatik-Offensive

Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen eine Offensive im Bereich der Informatik im Volksschulbereich und der Sekundarstufe II für Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler zu starten. Im Weiteren sollen bei dieser Offensive das Datenmonitoring im Schweizerischen Bildungsraum und die Forschung berücksichtigt werden.

Aufgrund der Digitalisierung ändern sich Arbeitsabläufe und Alltagssituationen immer rascher. Es ist daher wichtig, dass Schülerinnen und Schüler jeglichen Alters nebst den Userqualitäten auch lernen, im Bereich der Informatik Lösungsstrategien eigenständig zu entwickeln, Computer zu programmieren, Programme auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen und so zu erfahren, dass die Digitalisierung nicht nur Konsumentinnen und Konsumenten, sondern auch Produzentinnen und Produzenten braucht.

Position der Bildungscoalition

- Die Digitalisierung bietet Chancen, birgt aber auch Risiken. Die Förderung der Medienkompetenz sowie des informatischen Denkens – und hierzu gehören auch der kritische, verantwortungsbewusste Umgang mit der entsprechenden Technik und deren Auswirkungen – ist daher zentral.
- Damit die Offensive nachhaltig wirken kann, müssen die Schülerinnen und Schüler zur interaktiven Anwendung von Medien und Mitteln, zur Interaktion in heterogenen Gruppen und zum eigenständigen Handeln angehalten und befähigt werden.
- Dies gelingt durch die Bereitstellung von entsprechenden Aus- und Weiterbildungen, in denen sich Lehrerinnen und Lehrer das notwendige Wissen sowie die notwendigen Kompetenzen aneignen können.
- Den betroffenen Lehrpersonen darf jedoch nicht nur die hierfür notwendige Technik zur Verfügung gestellt werden. Es braucht für eine erfolgreiche Offensive pädagogisch-didaktische Konzepte sowie konkrete, verbindliche Lerninhalte – sowohl auf der Primar- und Sekundarstufe, als auch an den pädagogischen Hochschulen.
- Die Offensive ist zusammen mit dem Koordinationsausschuss Digitalisierung in der Bildung (KoA Digi) zu lancieren.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme der Motion

15.3848 – Motion Frehner
Stopp dem Präventionswahnsinn

Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat wird aufgefordert, beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Bereich Prävention (Gesundheit, Ernährung, Konsum, HIV usw.) das Budget und den Personalbestand zu halbieren.

Position der Bildungscoalition NGO

- In der Schweiz verursachen die nichtübertragbaren Krankheiten den grössten Anteil der Gesundheitskosten. Es ist daher im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes, wenn die Bevölkerung über die Gründe für solche Krankheiten informiert und dazu befähigt wird, entsprechende Risiken in Eigenverantwortung zu vermeiden. Die Verbreitung von Informationen via diverser Akteure und Kanäle ist hierfür eine Voraussetzung.
- Der Mitteleinsatz wird im Auftrag des BAG evaluiert, die investierten öffentlichen Gelder bringen einen belegbaren Nutzen. Die Ausgaben für Präventionsarbeit liegen in der Schweiz mit 2.2 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 3.1 Prozent.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Ablehnung der Motion

15.3866 – Motion Herzog

Beiträge nach Kinder- und Jugendförderungsgesetz. Einseitigkeit beheben

Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat wird aufgefordert die Beurteilungsgrundlagen, insbesondere jene welche als qualitative Faktoren betitelt werden, betreffend Artikel 7 Absatz 2 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG) anzupassen, und zwar mit folgenden Zielsetzungen:

1. Politische Kriterien wie Frauenquoten, Integrationsleistungen, sogenannte Professionalisierungskriterien sollen aus diesem Fragenkatalog gestrichen werden.
2. Nicht messbare und unnötige Bürokratie (Papier- und Konzeptaufwand) steigernde Kriterien sind zu entfernen.
3. Es braucht stattdessen nur einfache, unbürokratische und unpolitische Kriterien, wie etwa die Anzahl Mitglieder, Sprachenvertretung, die kantonsübergreifende bzw. nationale Bedeutung.
4. Übergeordnete politische oder gesellschaftliche Ziele, wie etwa Umweltschutz, EU-Beitritt, Arbeitnehmerschutz, interkulturelle Verständigung oder auch christlich-missionarische Ziele, sollen entweder für alle zum Ausschluss führen oder für niemanden.

Position der Bildungscoalition

- Die stärkere Nutzung des integrativen Potenzials der Kinder- und Jugendarbeit ist zentral. Es entspricht dem Verfassungsauftrag, dass die Angebote Kindern und Jugendlichen beider Geschlechter, verschiedener sozialer Lebenslagen, verschiedener Nationalitäten sowie jenen mit Behinderungen offen stehen.
- Das Verständnis für Föderalismus und Demokratie in der Schweiz und damit die politische Partizipation in der Schweiz ist weiter zu fördern, über das gesamte politische Spektrum hinweg. Dies kommt auch aus der Studie "Bausteine zur Stärkung des Schweizer Politsystems" des Forschungsinstituts gfs.bern hervor, die 2014 feststellte, dass fast 80 Prozent der Stimmberechtigten die politische Bildung stärken wollen.
- Dem Kernanliegen des KJFG, der Förderung der Kinder und Jugendlichen steht demnach nicht entgegen, dass die Arbeit von Kinder- und Jugendorganisationen von politischen, religiösen oder sonstigen Wertvorstellungen geleitet wird. Dies insbesondere dann, wenn ihre Arbeit den Grundprinzipien des Gesetzes untergeordnet ist.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Ablehnung der Motion**

15.3700 – Motion Amarelle

Berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich. Nationaler Rahmen für die Anerkennung von Diplomen und die Validierung von Bildungsleistungen

Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat wird beauftragt, die Diplome und die Bildungsleistungen von Personen mit einem Ausweis B (Flüchtlinge) oder F (vorläufig aufgenommene Personen) zu ermitteln und für diese Erwerbstätigen einen Rahmen für die Anerkennung der Diplome und die Validierung der Bildungsleistungen festzulegen.

Position der Bildungscoalition NGO

- Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sind nur unzureichend in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert und daher oft auf die Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen. Der Weg aus der Sozialhilfe in die finanzielle Selbstständigkeit führt derweil über die berufliche Qualifikation und die Erwerbsarbeit.
- Gemäss Bundesrat ist davon auszugehen, dass mindestens 70 Prozent der betroffenen Personen im erwerbsfähigen Alter ein Potenzial aufweisen, sich nachhaltig am Arbeitsmarkt zu beteiligen.¹ Die Erhebung hatte ergeben, dass rund 20 Prozent der befragten Personen über einen Abschluss auf Sekundarstufe II oder der Tertiärstufe hatten. Rund 50 Prozent verfügten über mehrjährige Berufserfahrung, aber über keinen formalisierten Berufsabschluss.
- Für die erfolgreiche Integration von Menschen aus dem Asylbereich ist zentral, dass sie ihre Qualifikationen oder Bildungsleistungen in der Schweiz anerkennen lassen können. Ihre verbesserte berufliche Integration würde möglicherweise auch zu grösseren jährlichen Einsparungen bei der Sozialhilfe führen.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme der Motion

15.3839 – Motion Munz

Alleinerziehende. Bessere Integration in den Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Nachholbildung

Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Fachkräfte-Initiative das inländische Fachkräftepotenzial besser zu nutzen, indem er die Chancen der Alleinerziehenden auf dem Arbeitsmarkt durch gezielte Weiterbildung und Nachholbildung nachhaltig verbessert.

Position der Bildungscoalition NGO

- Gemäss Bundesamt für Statistik sind Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Insbesondere für die Chancen der Kinder von Alleinerziehenden auf ein gesundes Leben und eine adäquate Bildung ist es zentral, dass ihre Eltern durch angepassten Bildungsangebote eine höhere Chance auf eine Integration am Arbeitsmarkt erhalten.
- Weiterbildung sowie Nachholbildung sind teuer und zeitaufwändig. Das Weiterbildungsgesetz und insbesondere Weiterbildungsangebote werden der komplexen Situation von Alleinerziehenden häufig nicht gerecht: Die Konstellation aus familiärer, arbeitszeitlicher und finanzieller Belastung ist für Alleinerziehende eine enorme Herausforderung. Sie sind daher oft kaum in der Lage, zusätzlich an regulären Weiterbildungsangeboten teilzunehmen und damit ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Es braucht daher zusätzliche, gezielte Angebote für Alleinerziehende im Bereich Weiterbildung und Nachholbildung.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme der Motion

¹ Bundesrat 2015: Begleitmassnahmen Artikel 121a BV: Verstärkung der Integrationsmassnahmen für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Tornare (14.3523) vom 19. Juni 2014

